

Saale-Zeitung.

Anzeigen werden die Spaltenbreite... (Text regarding advertising rates and conditions)

Bezugspreis

für Halle wöchentlich 2,50 M., bei... (Text regarding subscription prices and terms)

Nr. 15.

Halle a. d. Saale, Freitag, den 10. Januar

1902.

Das Echo der Kanzlerrede.

Die Ausführungen des Grafen Bülow im Reichstage über die bekannten Verdächtigungen der Exere der deutschen Armee durch Chamberlain haben, wie vorauszuversagen war, in England ein gar mannigfaltiges Echo hervorgerufen. Die Londoner Blätter vermögen es in ihrer bekannten Art nicht zu begreifen, mit welchem Rechte der deutsche Reichskanzler habe in seiner Rede im Reichstage, das in seiner Rede über die Verdächtigungen der Exere der deutschen Armee durch Chamberlain... (Text continues with analysis of the speech and international reactions)

Deutsches Reich.

Der Kaiser hörte am Mittwochabend in der Kriegsakademie den Vortrag des Generalmajors Graf v. Solt über die Expedition nach China. Am Donnerstag mittag empfing der Kaiser den neuen Gesandten für Peru, Don Toribio Ganz, zur Empfangnahme seines Beglaubigungsschreibens. Der Zustand des Prinzen Eduard von Sachsen-Meiningen ist nach Meldung aus London, unverändert. König Eduard, sowie mehrere Privatleute liegen sich gestern nach dem Befinden des Patienten erkundigend. Der Prinz ist an einer Augenentzündung, verbunden mit einer leichten Herzaffektion, erkrankt.

Aus den preussischen Haushaltsjahren für 1902.

Am 1. Januar 1902 sind die Staatseinnahmen auf 2,614,167,144 M., die ordentlichen Ausgaben auf 2,467,457,174 M. und die außerordentlichen auf 146,709,970 M. veranschlagt. Gegenüber dem Voranschlag für 1901 vermehren sich die Einnahmen und Ausgaben um 84,547,462 M., die Mehrausgaben resultieren aus dem Wechselkurs des Devisenfußes von 85,654,372 M. und dem Mehrbedarf des Extraordinariums von 70,501,834 M. Bei den staatlichen Verwaltungsausgaben beträgt die Mehrerinnahme 36,374,529 M., davon entfallen auf die Eisenbahnverwaltung 32,779,769 M., auf die Verwaltung der öffentlichen Schulen 3,082,149 M., auf die Verwaltung der öffentlichen Schulen 3,082,149 M., auf die Verwaltung der öffentlichen Schulen 3,082,149 M. (Text continues with detailed financial breakdown)

preußen 615,000 M., in den Ostprovinzen 840,000 M., ferner zur Genüßung eines Darlehens an die Genossenschaft für die Verwertung in Deutschland zur Errichtung eines Magazins in Friedrichsberg bei Berlin als erste Rate 1,400,000 M. Der Zweck ist die Zusammenführung des bisher getrennt verfahrenen Berliner Magazins, des Herbe, Mücheln, Seebach, Schöne, Glinde an einem Ort zur Ausführung eines einheitlichen Verwaltungsverfahrens, nicht aber zur Centralisation des preussischen oder gar deutschen Magazinswesens. Das genannte Darlehen ist den Kosten gleich auf 2,600,000 M. veranschlagt.

Am 1. Januar des Finanzministeriums ist zur Erweiterung und zur Erleichterung der Verwaltungsgeschäfte der Stadt Bielefeld die erste Rate von 4 Millionen eingezahlt. In der Begründung heißt es: Für das wirtschaftliche Gedeihen der Stadt Bielefeld bildet die Verlegung der inneren Festungsumwallung seit Jahren ein unerlässliches, dringendes Bedürfnis und die Militärverwaltung wußte in die Erweiterung der Festungswerke ein Darlehen nicht leistungsfähig genug ist um das wirtschaftliche Festungsgelände zu erwerben, daß der Staat sich die Verlegung darüber leisten möchte, beschloß der Staat den Erwerb des Geländes. Der vom Reich zu zahlende Staatspreis beträgt 11,250,000 M., die Kosten der Errichtung des Geländes 6 Millionen. Bielefeld leistet einen Zuschuß von einer Million. Als Dispositionsfonds des Oberpräsidenten zur Förderung und Befestigung des Deutschtums in der Provinz Posen, Ost- und Westpreußen, den Regierungsbezirk Oppeln und den nördlichen Kreisen der Provinz Schlesien 3 Millionen ist eine Million (gegen das Vorjahr 400,000 M.) mehr ausgesetzt. Hierzu wird bemerkt: die den Oberpräsidenten von Posen, Westpreußen und Schlesien zur Verfügung stehenden Mittel bedürfen einer erheblichen Verstärkung, um gegenüber der veränderten politischen Situation das Deutschtum in geeigneter Weise zu stützen. Auch ergab sich die Notwendigkeit, das Verwendungsgebiet des Fonds auf die Provinz Ostpreußen auszuweiten, um den Bemühungen der großpolnischen Partisanen, in die Provinz einzudringen entgegenzutreten. Die Anfangsbetrag für 40 neue Stellen für Regierungsmittglieder sind im Etat angelegt.

Verwaltung und Rechtspflege.

Zu den jüngsten Vorkehrungen über die Anwendung des Kriegsdienstverweigerungs-Gesetzes vom 1. März 1901 schreibt die 'Nordd. Allg. Zig.'. Bei diesen Vorkehrungen wird insbesondere, daß nur Kriegsdienstverweigerer, d. h. insoweit ein Kriegsdienstverweigerer als invalide anerkannt, an den Wohlthätigen des Kriegsdienstverweigerers allein genügt sind. Der Nachweis des Kriegsdienstverweigerers allein genügt nicht für den Anspruch auf die durch das Gesetz gewährten Zuschüsse, sondern diese Zuschüsse sind als Dienstunfähigkeitsgeld begründet beim Ausschreiben festgesetzt und demnach ebenfalls festzusetzen. Das Kriegsdienstverweigerer als Einzelgesetz für Kriegsdienstverweigerer anzulegen; die Verweisung einiger Unbilligkeiten und Härten wird bei der nächsten, sich darbietenden Gelegenheit angebracht werden.

Am 21. Januar beginnt vor der Strafkammer in Romberg ein neuer Schulprozeß. Im Dorke Djanowosch bei Böhlin hatten 20 Familienväter, mit dem Dorfschulzen Albert Dorn an der Spitze, eine Beschwerde eingereicht gegen den Hauptlehrer Kühn wegen der über die Meinung nach zu Klagen Anlaß gebenden Besetzung seines Pächtersrechts. Die Familienväter betonen, daß sie schon im vorherigen Jahre gegen den Lehrer Kühn eine Klage beim Kreislichinspektor in Barchfeld eingereicht hätten, ohne jedoch eine Antwort zu erhalten. In ihrer letzten Eingabe bitten sie die Regierung, eine Untersuchung einzuleiten, und eine Verweisung der Verhältnisse herbeizuführen. Darauf wurde eine Untersuchung eingeleitet, und zwar gegen den Dorfschulzen Dorn wegen Verletzung des §§ 125, 126 und 126 des C. P. O. G. Dem Schulzen wird vorgeworfen, daß er solche Tatsachen gegen den Lehrer vorgetragen und ihn in der öffentlichen Meinung herabsetze. Ferner, daß er jene 20 Familienväter zur Abwendung einer Beschwerde überredet und diese selbst verhaftet habe. Dies alles um den Zweck, um den Lehrer, weil er ein Deutscher ist, aus Djanowosch zu verdrängen, um einen anderen Lehrer, wahrhaftig einen Polen, nach Djanowosch zu bekommen. Der Prozeß verläuft nach Lage der Sache sensationell zu werden. Die geschädigten Kinder und ihre Eltern werden als Zeugen fungieren, ebenso der Kreislichinspektor Kempf aus Barchfeld und der interessierte Lehrer Kühn aus Djanowosch.

Parlamentarisches.

Durch den Verlauf der gestrigen ersten Versammlung über die geschäftliche Behandlung der Postkassenverträge für man in parlamentarischen Kreisen annimmt, die Ausschüsse auf eine schnellere Erledigung der Vorlage nicht unwesentlich beschleunigt worden. Die Majorität hat sich mit der Vorlage der beiden freiwirtschaftlichen Parteien und der Sozialdemokraten, zuerst mit dem Tarif zu beginnen, sondern auch den Antrag, in eine Generaldebatte einzutreten, abgelehnt, obwohl von den Rednern die Majorität wiederholt betont worden war, daß im Falle der Ablehnung ihrer Vorträge naturgemäß die generellen Punkte bei jeder einzelnen Vorlage wieder vorgebracht werden würden. Ueber den weiteren Arbeitsplan der Kommission wurde eine Vereinbarung dahin getroffen, daß die Beratungen am nächsten Montag wieder aufgenommen und demnächst fortgesetzt werden, mit der Maßgabe, in den nächsten Wochen jeden Montag und Freitag die Sitzungen zu unterbrechen.

Die von der polnischen Landtagsfraktion eingeklagte Interpellation über die Abgrenzung des Landesbezirks begründet, lautet dahin, ob die Staatsregierung in Anbetracht der Schulpflicht in Weichen um ein öffentliches Interesse es für geboten erachtet, die in den Landesbescheiden mit gewandelter Einrichtung in Bezug auf den Religionsunterricht getroffenen Anordnungen einer Revision

Die gemäßigten Londoner Presse urteilt über Bülow's Rede weitgehend anders. Die radikalen Haysbury-Blätter zeigen herabsetzende Freundschaft über die Zurückweisung, welche Graf Bülow dem Minister Chamberlain ertheilt habe. Die liberale 'Westminster Gazette' meint, die allgemeinen Bemerkungen des Grafen Bülow seien zeitgemäß, und jetzt ist es, fremde Länder ungeschoren zu lassen, sei ausgezeichnet. 'Wie dankbar wir auch für eine offizielle Zurückweisung der gegen die britische Armee gerichteten Verdächtigungen gewesen wären, die solche Entkräftung hervorgerufen haben, so mißbilligen wir doch jeden Versuch, die Unterlassung derselben zu machen. — 'Daily Telegraph' schreibt: In den Ausführungen des Reichskanzlers war nichts enthalten, was die englische Öffentlichkeit hätte verletzen können. Jedermann hier in England hat sich über die Verdächtigungen des Grafen Bülow mit demselben Interesse geäußert, wie das der Reichskanzler damit erledigt ist. — 'Daily Chronicle' sagt: Chamberlain wird sich freuen, wenn er bei seinen Besuchen nach England aus dem Spiele läßt. — 'Morning Post' schreibt: Die unerschöpfliche Evidenz, welche Deutschland durch unsere Stärke und durch den Dreibund erlangt hat, hat es in den Stand gesetzt, sich schon in eine Weltmacht einzufügen. Das Blatt empfiehlt England die deutsche Methode der Politik, nämlich durch eine wirksame englische Flotte sich einen vollständigen Zustand seiner Verteidigungsmittel zu sichern.

Ueber Bülow's Ausführungen bezüglich des Dreibundes liegen zur Stunde nur Nachrichten aus Oesterreich und Frankreich vor. Die Wiener 'Neue Fr. Pr.' meint, die Klärung von deutscher Seite betreffend die durch die französische politische Situation bedingte Einseitigkeit und die Polemik verursachte Verwirrung war sehr erwünscht. Sie muß auch beruhigend wirken. Was insbesondere das deutsch-oesterreichliche Bündnis anbelangt, so ist das die denkbar festeste Verbindung. Zollvereinigungen und politische Beziehungen zwischen den beiden Ländern ist nicht zu leugnen. Das 'Freundensblatt' schreibt, Graf Bülow habe zur Charakterisierung des Dreibundes sehr wirkungsvolle Worte gefunden, ihn auch öffentlich sehr glücklich einzutreten gewiß. Das 'Neue Wiener Tagblatt' sagt, es werde allen Friedensfreunden eine erfreuliche Perspektive sein, daß Graf Bülow bereits von der durch den Dreibund gesicherten Zukunft sprechen konnte. In Oesterreich-Ungarn werde man tren und fest an dem Bunde halten. Wir haben mit aufrichtiger Genugthuung und herzlichster Freude von dieser Erklärung des deutschen Reichskanzlers Kenntnis genommen. — Das 'Centralblatt' hält dafür, daß man überall, wo man freundliche Beziehungen für den Dreibund hege und überall, wo man nur die Erhaltung des Friedens wünsche, Graf Bülow für seine Erklärungen zu Dank verpflichtet sein werde. — Die 'Oesterreichische Volkszeitung' mißt den Erklärungen des Reichskanzlers über den Dreibund die höchste Bedeutung bei.

Von den Meinungen der französischen Presse ist zunächst erwähnenswert die des 'Temps'. Er schreibt zur Kanzlerrede, Graf Bülow habe als vollendetes Diplomata und Mann von Geist genant, er habe nicht übertrieben, er habe die Ausführungen des englischen Ministers angenommen, aber gleichzeitig denselben eine Lehre über gute Lebensart erteilt, die um so schwebender wirke, als sie in freundschaftlichen, fastlichen und in wenig zweifelhaften Tönen gehalten war. Seine Erklärung, betreffend die Dreibundfrage, war geistreich; er sagte dem Dreibund ein lautes Wort voraus; alle Anzeichen sprechen dafür, daß Graf Bülow recht hat. — Das 'Journal des Debats' schreibt über die Chamberlain betreffende Stelle in der Rede: 'Graf Bülow gab Chamberlain eine Lehre über diplomatischen Takt, indem er dem Gemüth aufstellte, daß ein Staatsmann, wenn er





